

friedensfähig! (9)

19. September 2024

In unserem letzten Flugblatt ging es um Wiesbaden. Dort haben die USA im letzten Jahrzehnt ein mächtiges militärisches Führungskommando aufgebaut. Dort ist als Teil davon auch die Kommandozentrale für die neuen US-Raketen, die in Deutschland stationiert werden sollen. Und dort ist auch ein neues Hauptquartier der NATO, in dem etwa 700 Menschen die militärische Unterstützung der Ukraine planen und verwalten.

Am 31. August haben vor Ort gut 400 Personen dagegen demonstriert. Sie forderten, nicht weiterhin mit immer mehr und gefährlicheren Waffen den Krieg zwischen Ukraine und Russland zu eskalieren. Sie forderten das Ende des Rüstungswahnsinns, der unsere Politiker erfasst hat. Sie forderten von den Politikern ein, sich an die Lehre aus zwei Weltkriegen zu erinnern: Krieg ist das schlimmste Verbrechen an der Menschheit.

Nie wieder Krieg!

Seit 1957 erinnern Gewerkschaften und Friedensgruppen jedes Jahr zum 1. September daran, dass Krieg das schlimmste Verbrechen gegen die Menschheit ist. Sie erinnern, dass Frieden ein Menschenrecht ist. Sie erinnern, dass alle Staaten der Welt in der UNO Charta unterschrieben haben, Konflikte friedlich zu lösen. Und dass sie, wenn Kriege dennoch begonnen werden, alle die Pflicht haben, mit friedlichen Mitteln zur Beendigung beizutragen.

Diplomatie?

Noch vor wenigen Jahren gingen die deutsche und die französische Regierung solche diplomatischen Wege, z.B. um mit dem Minsk-II-Abkommen den

Krieg zwischen der Regierung in der Ukraine und den überwiegend von der russischsprachigen Minderheit bewohnten Regionen zu beenden. Doch das Abkommen hatte keinen Erfolg.



Es hat sich herausgestellt, dass das Minsker Abkommen reine Augenwischerei war. Wie Ex-Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Ex-Präsident Hollande erklärten, hätten sie das Abkommen nur verhandelt, um der Ukraine Zeit zu verschaffen, sich für die „Rückeroberung“ der russischsprachigen Regionen zu rüsten.

Feindbild

Als Russland mit dem Einmarsch seiner Truppen eingegriffen und seinen Krieg gegen die Ukraine begonnen hat, hat es in der deutschen Politik eine scharfe

Wendung gegeben. Die Ukraine wird mit Waffen und Geld statt mit Diplomatie unterstützt. Hier ist Deutschland nach den USA und weit vor allen anderen der größte „Geber“:

Deutsche Politiker sind es leider auch, die immer wieder sagen: Man kann mit Russland nicht verhandeln, sonst denkt die dortige Regierung, sie könnte ihre Interessen mit Waffengewalt durchsetzen.

Kriegs-Drehzscheibe Deutschland

Es ist zum Fürchten: Die überwiegende Mehrheit unserer Politiker hält es nicht für möglich, durch Verhandlungen mit Russland wieder zu einer Politik der gemeinsamen Sicherheit in Europa zurückzukommen. Sie sind der Ansicht, Russland ist eine Bedrohung. Und gegen diese Bedrohung hilft nur, selbst ein stärkeres Militär zu haben.



Kriegs-Drehzscheibe Deutschland

Deutschland wird „kriegstüchtig“ gemacht.
Wie und wofür, darüber berichtet
Jürgen Wagner

von der Informationsstelle
Militarisierung (IMI)

25. September 2024
19.30 Uhr, Roter Laden
Usagasse 26
Friedberg

Sie haben militärische Stärke zum Hauptziel ihrer Politik erklärt. Und handeln danach. Alles wird daran gesetzt, das Land „kriegstüchtig“, oder - harmloser gesagt - „verteidigungsfähig“ zu machen.

Den großen Rahmen dafür finden sie in den strategischen Plänen der NATO. Dort wird Russland schon seit Jahren als Hauptgegner gesehen und in großen Manövern geübt, wie man einen Krieg gegen Russland führen würde. In den Plänen ist vorgesehen, dass Deutschland im Kriegsfall Aufmarschgebiet und

Drehzscheibe der NATO Truppen wird. Die konkreten Vorbereitungen laufen längst.

Internationaler Friedenstag

Am 21. September ist der Internationale Friedenstag der UNO. Er soll daran erinnern, dass alle Staaten der Welt in der Pflicht sind, zur friedlichen Lösung von Konflikten beizutragen.

In diesem Sinne engagieren sich immer mehr Länder des „globalen Südens“. Statt der Ukraine ebenfalls Waffen zu liefern, bieten sie diplomatische Initiativen an, um durch Verhandlungen für eine Waffenruhe erste Schritte zu einer dauerhaften friedlichen Lösung zu gehen.

Im Nahostkrieg fordern sie vehement, dass Israel den Krieg beendet, den es gegen die palästinensische Zivilbevölkerung führt. Sie reichen beim Internationalen Gerichtshof Klage wegen Völkermord gegen Israel ein, weil sein Militär im Gazastreifen nicht nur Zivilisten tötet oder sie Hunger, Durst und Krankheit aussetzt. Das Militär zerstört mit System alles, was Menschen zum Leben brauchen. Diese Länder klagen auch gegen Deutschland, das bisher der zweitgrößte Waffenlieferant auch in diesem Krieg ist.

Während also aus den sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländern allerhand Initiativen kommen, schützen Deutschland und etliche seine NATO Partner die militärische Eskalation im Ukraine Krieg ebenso wie im Nahostkrieg. Sie legitimieren ihre Unterstützung mit dem „Recht der Selbstverteidigung“. Sie weisen jegliche Verantwortung am Tod und Leiden der betroffenen Bevölkerungen weit von sich.

**Schaut hin!
Empört euch!
Sagt nein zu dieser Politik!**

www.wetterau-aktionfrieden.de

ViSDP: Monika Bootz - Usagasse 26 - Friedberg